

### 1. **EU droht Energiekonzernen mit Zerschlagung**

Wettbewerbskommissarin Nelia Kroes will, dass Kraftwerksbetreiber die Kontrolle über Vertriebsnetze abgeben.

Quelle: [taz](#)

*Anmerkung: Erst fordert man die Privatisierung, obwohl die Oligopolsituation evident war, und dann weint man Krokodilstränen. Das ist reines Ablenkungsmanöver.*

### 2. **Arbeitslosigkeit verstärkt Ausgrenzung**

Langzeitarbeitslose haben weniger soziale Kontakte, leben ungesünder und ziehen sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Eine neue Studie untersucht, wie Arbeitslosigkeit den Verlust an gesellschaftlicher Teilhabe beschleunigt.

Quelle 1: [taz](#)

*Anmerkung: Wert hätte sich das gedacht? Aber wenigstens ist es jetzt auch wissenschaftlich belegt.*

Quelle 2: [Berliner Zeitung](#)

### 3. **Umstellung der Schulstatistik auf Individualdaten, dabei werden allerdings grundlegende Standards des Datenschutzes verletzt.**

Quelle: [BigBrotherAwards](#)

### 4. **Britischer Umweltbericht: Der Klimawandel wird die Welt teuer zu stehen kommen. Bis zu einem Fünftel des globalen Bruttoinlandproduktes könnte es kosten, wenn nicht sofort dramatische Maßnahmen ergriffen werden.**

Quelle: [SZ](#)

*Anmerkung: Es wäre ja ganz gut, wenn Tony Blair diese Studie nicht ausschließlich zur Verbesserung seines Images nutzen würde.*

### 5. **Leistungseliten wandern aus, das Mittelmaß besitzt die Deutungshoheit, für die Fleißigen ist kein Platz mehr.**

Quelle: [Die Welt](#)

*Anmerkung: Abgesehen von der Panikmache ist für die Welt ist mal wieder an allem der Sozialstaat schuld. Selbst nach einer McKinsey-Studie sind die Motive derjenigen, die unserem Land den Rücken kehren geradezu umgekehrt: Die Neigung zur Republikflucht hängt offenbar mit verbreiteten Zweifeln zusammen, ob man für sich*

*von einer gesicherten und vor allem zufrieden stellenden Zukunft in Deutschland ausgehen kann. Werte wie Frieden (92 Prozent), Bürger- und Menschenrechte (91 Prozent), Umwelt-/Naturschutz (87 Prozent) sowie gleichauf soziale Wärme/menschlicher Zusammenhalt und Kinder/Familie (je 86 Prozent) und die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit (79 Prozent), Bürger- und Gemein Sinn (71 Prozent), Vereinbarkeit von Beruf und Familie (79 Prozent) sowie Arbeitsplatzsicherheit (73 Prozent) stehen für die jungen Leistungsträger im Vordergrund ihrer gesellschaftlichen Wunschvorstellungen.*

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

#### **6. Der Autozulieferer Kiekert ein weiteres Beispiel, wie Finanzinvestoren ein Unternehmen in Bedrängnis bringen können.**

Quelle: [manager-magazin](#)

*Anmerkung: Am 6.10.06 berichteten die NachDenkSeiten: Kiekert im Bergischen Land in NRW. Kiekert ist Automobilzulieferer und hatte vor wenigen Jahren bei Türschließsystemen einen Marktanteil von 50 % in Europa. Nach einem Preisgerangel mit Ford, sprang dieser Automobilhersteller ab, der Umsatz sank um ein Drittel auf zuletzt 470 Mio. Euro. Der Finanzinvestor Permira hatte das Unternehmen im Jahr 2000 für 530 Mio. Euro gekauft und den Erwerb vornehmlich mit Fremdkapital finanziert. Das war anfangs kein Problem, weil Kiekert mit einer Eigenkapitalquote von knapp 50% gepolstert war. Als dann aber das Geschäft einbrach, geriet die Firma in Schwierigkeiten. 2005 begannen die Kreditgeber, Kiekert-Darlehen mit Abschlägen zu verkaufen. Kredithaie deckten sich mit Forderungen ein. Sie drohten die Darlehen fällig zu stellen und die Firma in die Insolvenz zu treiben. Permira blieb keine Wahl, als sich mit den Kreditgebern auf einen Eigentümerwechsel zu verständigen. Die Schulden wurden in Eigenkapital umgewandelt und so gelangten u.a. Morgan Stanley und die Deutsche Bank in den Besitz der Firma.*

Kiekert ist ein weiteres Beispiel, wie ein Unternehmen in Bedrängnis gerät, weil ein Finanzinvestor eine Firma mit Krediten finanziert übernimmt, die Kreditzinsen der Firma auflädt, um hohe Ausschüttungen des Investors zu finanzieren. Und ein weiteres Beispiel, dass es für das Finanzkapital ein Unternehmen und Unternehmenstätigkeit nur noch eine Folie darstellt, hinter der sich Geldgeschäfte gewinnbringend abwickeln lassen. Das Unternehmen ist dabei uninteressant. Mit Unternehmertum haben diese Finanzinvestoren und Kredithaie soviel zu tun, wie eine Werkbank mit einem Roulettetisch.

**7. Lucas Zeise: Der Lohnanteil an Volkseinkommen ist so niedrig wie nie zuvor. Ein neues Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit wird es nur nach einer heftigen Rezession geben.**

Die Macht der Gewerkschaften und die Gültigkeit von Tarifverträgen sind in den vergangenen vier Jahrzehnten weniger durch die Öffnung der Arbeitsmärkte als durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte ausgehöhlt worden. Der zusätzliche Produktivitätsgewinn durch die Mobilität des Kapitals ist, so erweist sich, allein der Kapitaleseite zugeflossen die Kapitaleseite die Produktivitätsgewinne anscheinend dauerhaft eingesackt - ganz so, als wäre der Markt eben nur in einer Hinsicht frei. Zeise sieht einen Investitionsstau voraus, der von zu viel Kapital und zu hohen Renditeerwartungen ausgelöst wird und eine Rezession zur Folge hat.

Quelle: [FTD](#)

**8. Rezension des Tagungsbandes über den Hamburger Bertelsmann-Kongress: Thomas Roth: Bertelsmann - Ein globales Medienimperium macht Politik**

Quelle: [German Foreign Policy](#)

**9. Hermannus Pfeifer: Sparen eine Katastrophe für die Volkswirtschaft**

Quelle 1: [FR](#)

Quelle 2: [FR](#)

*Anmerkung: Fragt sich nur, wer kann eigentlich sparen? Zeigt sich in der hohen Sparquote nicht auch die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen.*

Siehe dazu [Nachdenkseiten](#)

**10. Ex-Weltbanker William Easterly rät Bettlern kein Geld zu geben, weil man damit Anreize schafft, Bettler zu werden. So ähnlich sieht er das auch mit der Entwicklungshilfe.**

Quelle: [Die Welt](#)

Anmerkung: Es ist unfassbar, zu welchen Schlussfolgerungen liberale Ökonomenhirne gelangen.

**11. Christian Füller: Wir müssen die Hauptschulen abschaffen - sofort, ohne Wenn und Aber.**

Quelle 1: [taz](#)

Siehe auch: Max-Planck-Institut: Bundesweit ist an 16 Prozent der Hauptschulen Unterricht überhaupt nicht mehr möglich.

Quelle 2: [taz](#)

**12. Die neue Webplattform „Direkt zur Kanzlerin“ ist ein Resultat der Tatsache, dass Politiker zunehmend den Draht zum Volk verlieren, indem sie Ängste nicht Ernst nehmen und auf Kritik nicht eingehen.**

Quelle: [Telepolis](#)